

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen. Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Deutsche Gegenanschläge.

Von
Georg Bernhard.

Der Reichstag war gestern im Saale der Abgeordneten und auf den Tribünen bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den fremden Diplomaten saßen in der ersten Reihe der Vizekönig der englische Geschäftsträger Georg Kilmarnock und General Malcolm, der Chef der englischen Militärmission. Gegen 4 1/2 Uhr erschien das gesamte Ministerium, das sich vorher noch zu einer Kabinettsitzung zusammengefunden hatte, und eine Reihe der Fraktionsführer mit ihren Gefolgsmännern betraten sogar erst den Saal, nachdem die Sitzung schon begonnen hatte. Einzelne Fraktionen hatten anscheinend noch kurz vor der Sitzung getagt.

Der Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten, der gar nicht erst auf der Ministerbank Platz genommen hatte, schritt sofort, nachdem ihm der Präsident das Wort erteilt hatte, ans Rednerpult. Die allgemeine Spannung des Hauses hielt bis zum Schluß seiner Rede an und wurde nur hier und da durch wenig angebrachte Zwischenrufe so wohl von den deutschen nationalen Vätern als aus der Partei der Kommunisten unterbrochen.

Dr. Simons schilderte ausführlich, was hier bereits erzählt wurde, daß zunächst der französische Botschafter den Seydoux'schen Plan als offiziellen französischen Vorschlag angeboten und daß der englische Geschäftsträger diesen Vorschlag unterstützt habe. Der Minister sagte in ganz bestimmter Form, daß die englische Regierung durch Lord Kilmarnock der deutschen Regierung den Vorschlag den Rat erteilt habe, auf den französischen Vorschlag einzugehen. Um so überraschender habe für Deutschland schon der Beginn der Verhandlungen in Paris sein müssen, durch den die Seydoux'schen Pläne einfach beiseite geschoben worden seien. Dr. Simons unterstrich noch einmal, daß Deutschland keine Bedingungen an die Annahme der Seydoux'schen Vorschläge geknüpft, sondern lediglich (was auch beim französischen Botschafter in Berlin Verständnis gefunden hat) die Berücksichtigung der in Brüssel gestellten Fragen bei der Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands vor Feststellung der jährlichen Leistungen des Reiches verlangt habe.

In einer klaren Analyse der beiden Noten der Entente wies Dr. Simons nach, daß die von Deutschland verlangten Summen unmöglich aufzubringen seien und daß sowohl die Auflegung einer variablen unbestimmten Entschädigung als auch das Verlangen nach einer deutschen Zollverwaltung den Bedingungen des Friedensvertrages widerspreche. Er betonte ganz richtig — und begründete das mit der ihm eigenen wirtschaftlichen Sachkenntnis —, daß die Ausfuhrabgabe bei solchen Waren, die die anderen Länder von Deutschland beziehen müßten, vom Ausland getragen werden würde. Dann würde das gar nichts anderes heißen, als daß die Neutralen in den Dienst der Entente gestellt werden, um ihr zur Einbringung ihrer Kriegslasten zu verhelfen. Oder der Zoll müßte bei Wettbewerbswaren oder im Falle des Rückganges der Saluta von Deutschland gezahlt werden. Dann würde das die Erdrosselung der deutschen Industrie oder doch mindestens eine schwere Schädigung gerade der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands bedeuten.

Bei der Kritik der Unklarheiten, die durch das neue Entente-Abkommen gelassen würden, insbesondere bei der Erwägung, ob und in welchem Umfange die von Deutschland bereits gemachten Leistungen oder die bereits hinterlegten deutschen Schatzscheine auf die jetzt geforderte Summe angerechnet oder durch Hingabe der neu geforderten Bonus annulliert würden, verlor sich der Minister etwas in Einzelheiten. Aber er gewann bald wieder das Ohr des Hauses, als er mit schneidender Ironie und verhaltener Erregung von den Strafbestimmungen sprach, die Deutschland angeblich aus Schonung nicht übermittelt seien, wie Lloyd George sich ausgedrückt hatte, und die insofern ein Novum darstellten, als sie nicht etwa für den Fall eines Verzuges oder des bösen Willens, sondern schon für die Nichtannahme der einseitigen Abmachungen der Entente von Seiten Deutschlands (das nach dem Friedensvertrag das Recht hat, vorher gehört zu werden) erlassen seien. Bei diesen Ausführungen wurde der Minister mehrfach vom Beifall des Hauses unterbrochen, der besonders stark war, als er an die Adresse des englischen Außenministers Lord Curzon sich wandte, indem er die von diesem besonders protegierte Strafbestimmung der Verweigerung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund so lange für mindestens verfrüht erklärte, als Deutschland seine Aufnahme in diesen Bund noch nicht gefordert habe, den es nicht als einen wahren Bund der Völker anerkennen könne.

Diese und andere Wendungen in der Rede des Außenministers zeigten, daß die deutsche Regierung, in ihren Hoffnungen auf englische Hilfe schwer enttäuscht, es nunmehr endlich aufgegeben hat, die Rolle zu

beschönigen, die die englische Politik im Laufe der letzten Monate gespielt hat. Es war auch recht interessant, zu bemerken, daß im Reichstag sich ebenso ein gewisser Stimmungswechsel vollzogen hat. Denn der Minister erntete Beifall, als er, abgesehen von anderen deutlich gegen England gerichteten Spitzeln, die Betrachtungen über die Gräben, die das Entente-Abkommen zwischen Deutschland und allen fremden Geldgebern errichten will, um die Entente zum alleinigen Kreditgeber zu machen und damit Deutschland der Ausbeutung durch doppelte Provision auszuliefern, mit dem Hinweis darauf schloß, daß ja auch schon im Kriege eine der allierten Mächte die Generalkreditvermittlung für ihre Mitalliierten übernommen habe.

Sachlich am wertvollsten waren die Schlussausführungen des Ministers, in denen er erklärte, daß es Deutschland sich angelegen sein lassen werde, nunmehr seinerseits trotz der schwankenden wirtschaftlichen, statistischen und währungsrechtlichen Grundlagen bestimmte Gegenanschläge auszuarbeiten. Wir hätten gewünscht, daß sich die deutsche Regierung zu der Notwendigkeit solcher Vorschläge schon früher hätte befehlen lassen. An der Richtigkeit der

immer wieder vorgetragenen Ueberzeugung hat uns auch die Polemik, die der Minister gegen diese Auffassung im Laufe seiner Rede mehrfach führte, nicht irre gemacht. Dr. Simons behauptete erneut, daß eine solche Unterlassung schon deshalb nicht vorgelegen habe, weil tatsächlich Deutschland im Laufe der Zeit eine ganze Reihe von praktischen Vorschlägen gemacht habe. Dieser Augenblick ist für Deutschland so schwer, und die schicksalsschweren Entscheidungen, die jetzt gefällt werden müssen, sind von so großer Bedeutung, daß uns notwendiger als der Streit über das, was gewesen ist, die Erzielung der Einigkeit über das zu sein scheint, was werden soll. Wir verzichten deshalb darauf, in diesem Moment erneut vorzutragen, was sich gegen die Einwendungen des Ministers sagen ließe. Wir freuen uns, daß er Vorschläge machen will, und wir drücken die Hoffnung aus, daß diese Vorschläge nunmehr nach Art und Inhalt so gefaßt sein werden, wie es notwendig ist, um einmal die Ansprüche vor allem unseres größten Gläubigerlandes, denen wir ja doch nicht ausweichen können, so weit es in unserer Kraft liegt, gerecht zu werden und andererseits auch die Lebensnotwendigkeiten des Reiches zu wahren.

Der Wortlaut der Regierungserklärung.

Dr. Simons im Reichstag.

Der amtliche Wortlaut der Erklärung, die Reichsminister Dr. Simons gestern im Reichstag abgab, besagt:

Selten hat eine politische Verhandlung durch ihren Verlauf und durch ihr Ergebnis eine solche Verwirrung in den Köpfen gestiftet wie die letzte Ministerkonferenz in Paris. Eben erst hatte man Kenntnis genommen von dem Plane des französischen Wirtschaftspolitikers Seydoux. Man hatte sich überall auf die Tatsache gewöhnt, daß die deutsche Regierung bereit war, unter gewissen Vorbehalten diesen Seydoux'schen Plan als Basis für weitere Verhandlungen anzunehmen. Aber sogleich nach dem Beginn der Pariser Beratungen kam die Rede des französischen Finanzministers Doumer, die den Plan Seydoux vollständig verwarf und eine exorbitante Summe als Gesamtschuld Deutschlands aufstellte. Wir haben in den Zeitungen dann gelesen von den Kämpfen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Briand, Berichte, deren Richtigkeit wir selbstverständlich nachzuprüfen nicht in der Lage sind. Nunmehr kommt die Note, die Ihnen aus der Presse bekannt ist mit ihrem vollkommen neuen System.

Um Klarheit über diese Vorschläge zu erlangen, erscheint es mir erforderlich, daß ich Ihnen, meine Damen und Herren, etwas ausführlicher den Gang der Verhandlungen, die zu der Ministerkonferenz geführt haben, schildere, den Inhalt der Note dann nochmals kurz mit Ihnen durchnehme, einige Worte der Kritik daran knüpfe und zum Schluß dasjenige tue, was der Herr Präsident als die Aufgabe meiner heutigen Rede bezeichnet hat, die Stellungnahme der Regierung zu präzisieren.

Die Ministerkonferenz von Paris und die heutige Note hängen eng zusammen mit den Vorgängen in Spa. Nachdem die Alliierten eingesehen hatten, daß sie mit dem Notenwechsel zu einem günstigen Ausgang in den schwebenden Fragen der Ausführung des Friedensvertrages nicht gelangen würden, hatten sie es endlich über sich gewonnen, die deutsche Regierung zur Entsendung von Vertretern behufs gemeinsamer Besprechung der verschiedenen Themata nach Spa zu laden. Vorher aber waren die Vertreter der Alliierten in Boulogne zusammengekommen und hatten sich über die Themata untereinander vorher verständigt. Damals ist in Boulogne ja auch schon die Schadenersatzsumme festgestellt worden, die die Delegierten als richtig anerkennen zu müssen glaubten. Die deutsche Regierung hat von diesen Ergebnissen von Boulogne niemals eine amtliche Mitteilung bekommen. Wir haben in Spa gar nicht gewußt, was in Boulogne verhandelt worden war, außer dem, was durch die Zeitungen durchsickerte. Jedenfalls sind die Verhandlungen in Spa unsererseits ohne jede Rücksichtnahme auf die Bestimmungen und Vereinbarungen von Boulogne geführt worden. In Spa erhielten wir dann die feierliche Zusage des Präsidenten der Konferenz, daß wir, nachdem die Reparationsfrage von der Tagesordnung hatte gestrichen werden müssen, über diese Frage binnen kurzem in Genf, als an einem neutralen Orte, nochmals verhandeln würden. Die Zusammenkunft in Genf verzögerte sich mehr und mehr. Es bestand die Gefahr, daß die Verhandlungen über die Wiedergutmachungssumme zu einer unüberbrückbaren Spaltung in der öffentlichen Meinung der beteiligten Länder führen würden, weil dem einen Teil die Summe lächerlich gering schien, mußte, die dem anderen schon unerträglich hoch vorkam. Infolgedessen habe ich es für meine Aufgabe gehalten, die Anregung zu geben, daß doch, bevor uns als Regierungsvertreter in Genf träfen, sich Sachverständige inoffiziell von Land zu Land über die

wichtigen Themata der Reparation verständigen sollten.

Dieser Anregung, die zunächst von einem Teile der Alliierten günstig aufgenommen wurde, hat man aber keine Folge gegeben. Es kam vielmehr das Gegenprojekt des damaligen belgischen Premierministers Delacroix zum Vorschein, das darauf hinauslief, die ganze Angelegenheit wieder aus dem Stadium der Verständigung zwischen den Regierungen herauszunehmen und an die Wiedergutmachungskommission zurückzuverweisen. Lange hat es gedauert, bis dieses Hin und Her durch einen Beschluß beendet wurde. Der Beschluß lautete dahin, die Sachverständigen nach Brüssel zusammenzubringen. Die Brüsseler Beratungen sind Ihnen allen in feisler Erinnerung. Das Auswärtige Amt hat darüber ein Weißbuch veröffentlicht. Die Beratungen sind vertagt worden, ohne aufgehoben zu sein. Sie sollten fortgesetzt werden, zunächst in Verhandlungen je zweier Sachverständigen miteinander und sollten dann in vergangenem Monat wieder aufgenommen werden.

Während der Verhandlungen, die demgemäß zwischen Herrn Bergmann als deutschem Vertreter und Herrn Seydoux als Vertreter der Alliierten in Paris geführt wurden, ergab sich — das war am 7. Januar —, daß Seydoux mit einem neuen Plan hervortrat, wonach Deutschland zunächst auf die Festsetzung seiner Gesamtschuld zum 1. Mai 1921 verzichten und dafür eine Verzinsung über fünf Jahreszahlungen im Betrage von je drei Milliarden Goldmark eintreten sollte.

Das war zunächst ein unverbindlicher Vorschlag. Aber bald trat die französische Regierung durch ihre hiesige Vertretung an die deutsche Regierung mit der Anfrage heran, wie sie sich zu diesem Vorschlage von Seydoux stelle. Es haben darüber hier längere interne Besprechungen stattgefunden, und alle Instanzen haben sich schließlich damit einverstanden erklärt, daß die deutsche Regierung den Seydoux'schen Vorschlag als Basis weiterer Verhandlungen annehme unter dem bekannten Vorbehalt, daß die Ziffer erst gesucht werden solle, nachdem über die Umstände gesprochen worden sei, die für die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Brüssel von der deutschen Delegation zur Sprache gebracht worden waren, und daß zugleich die Methoden erörtert werden sollten, nach denen der Grundgedanke von Seydoux, nämlich die Erledigung unserer Reparationsverpflichtung durch Sachleistungen, in die Tat umgesetzt werden könnte.

Die britische Regierung trat durch ihren hiesigen Vertreter an die deutsche Regierung mit dem dringenden Rate heran, auf diesen Vorschlag der französischen Regierung einzugehen. (Hört! Hört!) Sie erklärte offiziell, daß die britische Regierung sich dem Schritte des französischen Botschafters gegenüber der deutschen Regierung anschließen werde. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Wie anders war aber das Bild, das sich in Paris gestaltete als die Ministerpräsidenten zusammentraten! Seydoux trat sofort gänzlich zurück, und Finanzminister Doumer setzte an die Stelle der Verständigung über die ersten Jahresraten die Forderung einer hohen Gesamtsumme. Der Wiederaufbauminister Loucheur führte sogar aus — es ist dies in Interviews geschehen, die durch die französische Presse bekannt geworden sind —, daß es für die französische Industrie höchst bedenklich sein würde, wenn Frankreich sich von Deutschland die Reparationsschuld durch Sachleistungen tilgen ließe, weil dadurch die französische Industrie einer schweren Konkurrenz ausgesetzt sein würde.

Man hat nun merkwürdigerweise trotz dieses von unseren Entschlüssen gänzlich unabhängigen Vorganges der deutschen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in der ganzen Angelegenheit